

BÖLW aktuell



„Die neue Koalition - was bringt sie für den Öko-Landbau?“

Schwarz-Gelb: die neue Regierung ist gewählt, der Koalitionsvertrag unterschrieben. Doch ist er das Papier wert, auf dem er steht? Noch war die Tinte nicht trocken, noch jubilierte die FDP über ihre Verhandlungserfolge, da bezweifelte der neue Finanzminister bereits, ob die Pläne überhaupt umgesetzt werden können. So wiederholt sich das traurige Ritual, dass Wahlversprechen kaum wurde gewählt – der Realität geopfert werden (müssen). Und geradezu grotesk ist manche Entscheidung im Koalitionsvertrag, da sie nicht sachorientiert getroffen wurde, sondern allein an der Machtarithmetik zwischen den Parteien ausgerichtet ist. Z.B. beschließt die Koalition die Abstandsregelungen beim GVO-Anbau den Bundesländern zu überlassen, während gerade darüber debattiert wird, ob es nicht sinnvoller ist, die Koexistenzregeln europaweit einheitlich zu regulieren. Dass jetzt in Bayern der GVO-Anbau verunmöglicht werden kann, tröstet uns wenig, denn der Flug des Maispollens kennt keine Landesgrenzen und fliegt woanders ebenso weit. Auch in anderen

Bundesländern gibt es Bio-Bauern und ohne GVO arbeitende konventionelle Landwirte, die unter GVO-Kontaminationen zu leiden hätten.

Stellen Sie sich vor, im Koalitionsvertrag würde stehen „die Produktion der neuen Z-Klasse von Mercedes für den Vertrieb als Nutzfahrzeug wird unterstützt“. Undenkbar, oder? Genau das steht aber wortgleich zur Stärkekartoffel Amflora im Vertrag. Ein Skandal! Verdächtig nur, dass es keinen Aufschrei von Monsanto, Pioneer oder Bayer Crop Science gibt, handelt es sich doch um ein Produkt des Konkurrenten BASF.

Was haben wir von der neuen Regierung zu erwarten? Zum Ökologischen Landbau heißt es im Koalitionsvertrag lapidar: „Wir stehen für ein gleichberechtigtes Nebeneinander unterschiedlicher Wirtschaftsmethoden von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft. Wir wollen den ökologischen Landbau insbesondere im Bereich Forschung fördern.“ Wir werden die Regierung fragen, ob das bedeutet, dass die Forschungsmittel gleich-



Dr. Alexander Gerber,
Geschäftsführer BÖLW

berechtigter verteilt und die Öko-Forschung im Verhältnis entsprechend besser ausgestattet wird als bisher – das jedenfalls wäre dringend notwendig, und so interpretieren wir die Koalitionsvereinbarung.

Auch wenn die Reise in Sachen Agro-Gentechnik mit einer FDP als Regierungspartner ins Ungewisse geht: Gut ist, dass es mit der Kontinuität von Ministerin Aigner im Amt sonst keinen harten Bruch zu geben scheint. Die FDP werden wir als Partei in die Pflicht nehmen, die sich als Mittelstandspartei sieht. Denn gerade die Ökologische Lebensmittelwirtschaft steht in be-

sonderem Maße für den Mittelstand innerhalb der Ernährungswirtschaft. Damit nimmt sie darin auch einen bedeutenden und stetig wachsenden Umsatzanteil ein.

Es bleiben weiterhin dicke Bretter zu bohren. Um nur ein paar zu nennen: Wir brauchen ein Leitbild für die Landwirtschaft der Zukunft. Diese Landwirtschaft muss das Klima, die Biodiversität und die Umwelt schützen und das Recht auf Nahrung sichern. Strategien für die Agrarpolitik nach 2013, die über ein weiter-so hinausgeht, und für die Aufrechterhaltung der Grünlandbewirtschaftung nach dem Fall der Milchquote 2015, sind nicht sichtbar, aber dringend notwendig.

Wir werden unsere Bohrer scharf halten und unermüdlich weiter bohren. Wir planen für die Bio-Fach, die Koalitionäre in einer Veranstaltung zu fragen: „Die neue Koalition – was bringt sie für den Öko-Landbau?“

Alexander Gerber

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung

Gentechnik

Was sagt der Koalitionsvertrag zur Gentechnik?

Einleitend sagen die Schwarz-Gelben das Gleiche, wie mindestens zwei Koalitionen vor ihnen: Sie wollen die „verantwortbaren Potenziale der grünen Gentechnik nutzen“. „Der Schutz von Mensch und Umwelt bleibt oberstes Ziel des deutschen Gentechnikrechts.“

In den konkreten Aussagen zeigt sich, was das für sie heißt: Sie setzen sich für eine „... stärkere Wissenschaftsorientierung und effiziente Zulassungsverfahren von (...) GVO auf EU-Ebene ein.“ Das heißt, dass sie die Zulassungsverfahren vereinfachen und beschleunigen wollen.

Umweltbelange oder sozioökonomische Faktoren sollen außen vor bleiben. Die Voten der gentechnikfreundlichen Zulassungsbehörde EFSA sollen 1:1 von der Politik umgesetzt werden. Widersprüche des EU-Ministerrates, der bislang weitere Anbauzulassungen verhinderte, sollen künftig vermieden werden.

Es soll künftig möglich sein, dass die Bundesländer „flexibel eigenständig Abstände festlegen können, die zwischen Feldern mit genetisch veränderten Pflanzen und solchen mit konventionellem oder ökologischem Anbau einzuhalten sind.“ Dies ist ein Zugeständnis an die CSU. Mit großen Abständen kann in Bayern der GV-Anbau verhindert werden. Inhaltlich ist

die Sache unsinnig. Pollen fliegt in Bayern genauso weit wie in Sachsen-Anhalt. Allenfalls landschaftsmorphologische oder kleinklimatische Aspekte könnten abweichende Distanzen begründen.

Beim „Anbauverbot für (...) MON810 wird der Ausgang des Gerichtsverfahrens abgewartet“. Damit kann die alte und neue Ministerin ihr Gesicht wahren. Das Verfahren, das Monsanto gegen das BMELV betreibt, soll das Aignersche Anbauverbot kippen. Von der EU ist bis zur nächsten Anbausaison eine Neuzulassung von MON810 zu erwarten, was die Gerichtsentscheidung hinfällig machen wird. „Der Anbau der (...)Kartoffel Amflora (...) wird unterstützt.“ Dass es ein einzelnes Produkt schafft, im Koalitionsvertrag Erwähnung zu finden, zeugt von der hervorragenden Lobbyarbeit von BASF. Dass das Produkt nicht notwendig ist, da es längst gentechnikfreie Alternativen gibt, findet keine Berücksichtigung. Die Formulierung ist anscheinend Teil des Deals zum Mon810-Anbauverbot, das sonst sofort aufgehoben würde.

Die Koalitionäre wollen eine „für Wirtschaft und Überwachung praktikable Anwendung der (...) Nulltoleranz für nicht in der EU zugelassene GVO“ ermöglichen. Dazu wollen sie „das Gentechnikgesetz und das EG-Gentechnikdurchführungsgesetz ändern“. Das ist der kritischste Punkt der Vereinbarung. Es bedeutet die Aufhebung der Nulltoleranz mit einem Taschenspielertrick. Es werden einfach ungenaue Analysemethoden definiert,

um das EU-Recht zu umgehen. Wir sind skeptisch, ob dieses Vorhaben funktionieren kann. Es besteht aber die Gefahr, dass es als Vorwand dient, das Gentechnikgesetz zu ändern und dabei auch Haftung und Standortregister anzugreifen.

Ein weiteres, durchaus hinterhältiges Unterfangen ist die „Schaffung einer umfassenden Verbrauchertransparenz“ durch „eine Positivkennzeichnung (Prozesskennzeichnung) auf europäischer Ebene“. Ziel des Vorhabens ist es, dass durch eine sehr strenge EU-Kennzeichnungsvorschrift viele Lebensmittel gekennzeichnet werden müssen. Relevant ist vor allem der Einsatz von GV-Zusatzstoffen in Futtermitteln oder auch Lebensmitteln. Erreicht werden soll, dass sich der Verbraucher an die GVO-Kennzeichnung auf Lebensmitteln gewöhnt und nicht mehr fragt, was auf dem Acker geschieht.

Die Koalitionäre wollen keine Patente auf landwirtschaftliche Nutztiere und -pflanzen.

Stellungnahme Sozioökonomie

Der BÖLW hat eine Stellungnahme zu den sozioökonomischen Auswirkungen der Agro- Gentechnik abgegeben. Anlass ist eine Anfrage der EU-Kommission an die Bundesregierung zu dem Thema. Es ist erstaunlich, dass die EU sich erst 13 Jahre nach der ersten GV-Anbauzulassung mit der Frage umfassend beschäftigt.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung

Nach wie vor klaffen in dem Bereich weit reichende Wissenslücken. Die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Gentechnik sind nach unserer Einschätzung höher als ihr allenfalls geringer Nutzen.

Den Koalitionsvertrag finden Sie unter: <http://www.cdu.de/doc/pdfc/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf>
BÖLW aktuell 10/2009

* * *

*Liebe Leserinnen,
liebe Leser,
der Informationsdienst Gentechnik leistet einen wertvollen Beitrag gegen die Ausbreitung der Agro-Gentechnik. Davon profitieren wir alle. Wir bitten Sie, seine Arbeit zu unterstützen.*

Informationsdienst Gentechnik Flyer bestellen

"Der Flyer „Gute Gründe gegen Gentechnik“ des Informationsdienstes Gentechnik soll aufklären, informieren und alle Aktiven dabei unterstützen, auf die Probleme der Gentechnik in der Landwirtschaft aufmerksam zu machen.

Lassen Sie sich von Gerd, dem Gen, inspirieren und bestellen Sie den Flyer, wenn Sie auch andere überzeugen wollen.
Der Informationsdienst Gentechnik freut sich im Gegenzug über eine Spende!



Bestellungen bitte an:
Informationsdienst Gentechnik
Marienstraße 19-20
10117 Berlin

info@keine-gentechnik.de
Telefon 030 28482 304
Fax 030 28482 309

<http://www.keine-gentechnik.de>
<https://ssl.zs-l.de/keine-gentechnik.de/spenden.html>

Spenden für den Flyer an:

Zukunftsstiftung Landwirtschaft
Stichwort: "Informationsdienst
Gentechnik"

Kontonummer 3000 5400
GLS Gemeinschaftsbank eG
Bochum BLZ 430 609 67

<https://ssl.zs-l.de/keine-gentechnik.de/spenden.html>

Informationsdienst Gentechnik Spendenaufruf

„Liebe Mitstreiterinnen,
liebe Mitstreiter,

sehen Sie schwarz-gelb? Wir auch - aber nicht nur. Zwar will die neue Regierung den Anbau von Gentechnik fördern und die Nulltoleranz abschaffen, so steht es unverblümt im Koalitionsvertrag. Aber auch die gentechnikkritische Bewegung ist stark und wird stärker werden, sobald die schwarz-gelbe Regierung ihre Vorhaben umsetzen will.

Eine zentrale Plattform für die Bewegung gegen die Gentechnik ist der Informationsdienst. Helfen Sie uns dabei, weiter unabhängig über das Thema Gentechnik in der Landwirtschaft zu berichten! Für dieses Jahr fehlen uns noch 7.500 Euro Spenden. Das ist nicht wenig aber machbar: Wenn etwa jede/r vierte von Ihnen 20 Euro spendet, können wir der Gentechnik-Lobby weiterhin die Stirn bieten.

Nutzen Sie unser Online-Spenden-Formular:

<https://ssl.zs-l.de/keine-gentechnik.de/spenden.html>

Oder spenden Sie per
Überweisung:
Zukunftsstiftung Landwirtschaft
Stichwort: "Informationsdienst
Gentechnik"

Kontonummer 3000 5400
GLS Gemeinschaftsbank eG
Bochum, BLZ 430 609 67

Hoffnungsvolle Grüße,
Simone Knorr und
Karin Ehrle -Horst“